

## STELLUNGNAHME zu Antrag

2

Alternative für Deutschland --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Produktbereich
	29	verschiedene
	Erlös-/Aufwandsart   Ein-/Auszahlungsart	
	Personalaufwendungen	

**Personalaufbau nur bei KOD, kommunalen Kitas und Horten. Kein weiterer Personalaufbau. Absicherung vorhandener städtischer Arbeitsplätze**

Der Anstieg der Personal- und Versorgungsaufwendungen von rund 33 Prozent bis Ende 2020 ist nicht allein auf die personelle Entwicklung zurückzuführen. Wesentlicher Steigerungsfaktor sind die Tarif- und Besoldungserhöhungen, die in diesen sechs Jahren circa 53 Millionen Euro ausmachen (18 Prozent). Veränderungen in der Beihilfe- und Versorgungsumlage sowie Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge führen zu einem Anstieg von weiteren circa 13 Millionen Euro (5 Prozent). Rückstellungen unter anderem für Altersteilzeit und Sabbatjahre werden sich voraussichtlich mit - 8 Millionen Euro mindernd auswirken (-3 Prozent).

Die restlichen 37 Millionen Euro (13 Prozent) werden durch Veränderungen der Zahl der beschäftigten Personen verursacht, hauptsächlich durch Stellenschaffungen. Allerdings wirken sich auch andere Faktoren aus; so müssen seit dem Jahr 2017 circa 1,0 Millionen Euro für Leiharbeitskräfte über den Personalhaushalt abgewickelt werden.

Eine größere Anzahl an Stellenschaffungen in den vergangenen Jahren war notwendig für die Betreuung in Kindertagesstätten, Horten, Ganztagschulen sowie zum Ausbau der Schulsozialarbeit. Daneben gab es notwendige Stellenschaffungen zur ordnungsgemäßen Erfüllung von Pflichtaufgaben, zur Vermeidung eines Organisationsverschuldens, zur Ausweitung der Digitalisierung und zur verstärkten Investitionstätigkeit. Aus diesen Gründen wurden zum Beispiel Stellen für die Branddirektion, Brandverhütungsschau, für den Ausbau der Bürgerdienste, Einführung der blauen Tonne, für Spielplatzkontrollen und Baumpflege, digitales Archiv, Scanzentrum, E-Rechnung, zentrale Vergabestelle geschaffen.

Hinter jeder Stellenschaffung liegen analytisch nachweisbare Fallzahlensteigerungen, Gesetzesänderungen oder Aufgabenmehrungen. Würden die Stellen nicht geschaffen, hätte dies auch spürbare Auswirkungen auf die Bürger/innen und Kundschaft, wie beispielsweise längere Wartezeiten. Daneben muss die Arbeitgeberin Stadt auch die Mitarbeitenden im Blick halten. In vielen Bereichen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Grenze ihrer Belastbarkeit.

Die Verwaltung empfiehlt deshalb, den Antrag abzulehnen.

AFD, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Mentrup  
76124 Karlsruhe



10.09.2018

## DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

**Thema: Personalaufbau nur bei KOD, kom. Kitas und Horte. Kein weiterer Personalaufbau. Absicherung vorhandener städt. Arbeitsplätze**

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶	▶ 1000ff				
Ergebnishaushalt: Produktbereich   Produktgruppe   Schlüsselposition					
▶					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
Stellenschaffung/-reduzierung	0	0			
Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Sperrvermerk					
Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Quelle: Seiten V20 und V27 des Vorberichts zum Haushaltsplanentwurf 2019/20					

## ▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ Ausgenommen nur der KOD, kommunale Kitas und Horte. Diese Personalkosten durch ausscheidende Mitarbeiter ausgleichen. Ansonsten betrifft dies alle THH.

## ▶ Sachverhalt | Begründung

Im Jahr 2014, als dieser Gemeinderat gewählt wurde, hatte die Stadt Karlsruhe einen Personal- und Versorgungsaufwand in Höhe von 285 Mio. €. 2018 werden dies bereits 338 Mio. € sein. Für 2020 sind 380 Mio. € geplant. Das sind dann 95 Mio. mehr als in 2014 bzw. eine Steigerung um 33% in nur 6 Jahren.

Diesem Zuwachs muss dringend Einhalt geboten werden. Wegfallende Aufgaben müssen zu organisatorischen Änderungen führen, sodass neue Aufgaben auch ohne die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter übernommen werden können. Zudem muss der Gemeinderat künftig genau prüfen, ob jede vorgeschlagene neue Verwaltungsaufgabe wirklich übernommen, jedem vorgeschlagenen neuen Gremium wirklich beigetreten werden muss.

Kein weiterer Stellenaufbau in der Stadtverwaltung.

---

Unterzeichnet von:

Dr. Paul Schmidt, Marc Bernhard